

Haushalt so gut wie beschlossen

ETATBERATUNGEN Nur Lorscher Grüne stimmen im Ausschuss mit Nein / Kein Deckel für die Kultur

LORSCH - (grä). Wenn die Lorsch Stadtverordnetenversammlung am 17. Dezember über den Etat 2016 abstimmt, kann Bürgermeister Christian Schönung (CDU) mit einer breiten Mehrheit rechnen.

Die Erhöhung der Spielapparatesteuer auf einen Hebesatz von 20 Prozent wird der Stadt Lorsch 2016 nach Schätzung der Verwaltung 250 000 Euro einbringen. In diesem Jahr sind 180 000 Euro aus dieser Steuer veranschlagt. Ob diese Mehreinnahmen auch tatsächlich erzielt werden, hängt nicht zuletzt davon ab, ob gegen diese – selbst von einigen Parlamentariern als massiv empfundene – Steuererhöhung Klage vor dem Verwaltungsgericht erhoben wird.

Mehreinnahmen kann die Stadtkasse gut gebrauchen, wird sich die Umlage, die die Stadt Lorsch an den Kreis Bergstraße 2016 zu zahlen hat, nochmals um 33 000 Euro auf knapp 6,1 Millionen erhöhen. „Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich mit diesen Änderungen um 3186 Euro“, erläuterte Bürgermeister Schönung zum Abschluss der Haushaltsberatungen in den parlamentarischen Ausschüssen. Der Etat bleibt dennoch ausgeglichen und weist im ordentlichen Ergebnis einen Überschuss von knapp 175 000 Euro auf. Der Haushalt hat bei Aufwendungen und Erträgen ein Volumen von rund 27,5 Millionen Euro.

Bei der Schlussabstimmung in der Stadtverordnetenversammlung am 17. Dezember kann der Bürgermeister mit einer breiten Mehrheit für den von ihm eingebrachten Etat rechnen. Nach den Ausschussberatungen stimmten CDU, SPD und PWL für den Etatentwurf. Die Grünen sprachen sich dagegen aus. Sie scheiterten mit ihrem Antrag, Mittel für den Besucherparkplatz für die Welterbestätte aus dem Haushalt zu streichen. Dass der Welterbeparkplatz nicht nur von den Grünen kritisch gesehen wird, zeigte die Abstimmung. Neben den Grünen-Vertretern votierte auch PWL-Stadtverordnete Monika Graf für die Streichung der Mittel. Enthaltungen gab es aus den Reihen von SPD und PWL.

Keine Mehrheit fand ein Antrag der Sozialdemokraten, den Zuschuss im städtischen Kulturetat auf 600 000 Euro zu deckeln. Im Etatentwurf wird ein Zuschussbedarf von 625 000 Euro ausgewiesen. Der Etat umfasst die Bereiche Heimat und Kultur, Stadtfeste und Tourismus.

In Sachen Kultur werde in Lorsch viel gemacht, lobte SPD-Fraktionssprecher Frank Schierk die Arbeit des städtischen Kulturamtes. Dennoch sah er im Etat einen Sparbedarf von drei bis vier Prozent. „Sagen Sie, wo Sie einsparen wollen“, forderte Schönung konkrete Vorschläge. Sparen könne man letztlich nur bei den variablen Kosten des Kulturetats, die Bürgermeister Schönung auf 330 000 Euro bezifferte. Einsparpotenzial zu finden sei Sache der Produktverantwortlichen, erwiderte Schierk.

Auch die PWL sprach sich für eine Deckelung des Kulturetats auf 600 000 Euro aus. PWL-Fraktionssprecher Rudi Häusler regte an, besonders das Johannisfest auf den Prüfstand zu stellen (Bericht auf dieser Seite). „Wir wollen keinen aufgeblähten Kulturetat. Wir befinden uns aber an einem Limit“, verteidigte CDU-Fraktionsvorsitzender Alexander Löffelholz den Zuschussbedarf. Thilo Figaj (Grüne) sagte zum Kulturetat: „Wir haben keine Kürzungsvorschläge.“

Über die Gestaltung und Zahl der Stadtfeste zu befinden, sei Aufgabe der städtischen Kulturkommission, befand Hans Jürgen Sander, der vielmehr Aufklärungsbedarf beim „Tourismus“

sah. Die Stadt wolle für das Klostermarketing im kommenden Jahr 40 000 Euro ausgeben. Das sei doch Sache der Schlösserverwaltung, kritisierte Sander fehlende vertragliche Vereinbarungen zwischen Kommune und Schlösserverwaltung. „Unser Part ist die Vermarktung“, entgegnete Bürgermeister Schönung. „In diesem Sinne ist die Stadt vertragstreu“, sagte der Bürgermeister. Schönung sprach von schwierigen Verhandlungen. Was Kostenbeteiligungen betreffe, gehe die Schlösserverwaltung Anfragen der Stadt aus dem Weg, eröffnete der Verwaltungschef.